

**Rede von Lutz Goebel**

**Präsident von DIE FAMILIENUNTERNEHMER – ASU**

**„Dieser ESM stellt Kerneuropa in den Regen“**

auf dem Kongress

„Jetzt das Richtige für Europa tun“

8. September 2011

FAZ-Atrium, Mittelstr. 2-4, Berlin-Mitte

**ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!!!!**



Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben heute Vormittag sehr interessante Beiträge gehört. Deutlich wurde dabei, dass es sehr unterschiedliche Perspektiven auf diese große europäische Staatsschuldenkrise gibt. Ich werde Ihnen nun erläutern, was wir Familienunternehmer von unserem Parlament erwarten.

Wir fordern von unseren Bundestagsabgeordneten nichts weniger als mit nur vier Entscheidungen sowohl Europa einen großen Schritt voranzubringen und gleichzeitig die Turbulenzen an den Finanzmärkten zu beenden.

Damit Sie hier im Saal nachvollziehen können, warum diese vier Entscheidungen geradezu logisch sind, bitte ich Sie, mit mir für einen Moment Europa aus der Perspektive von uns Familienunternehmern zu betrachten.

Wenn wir den Euro nicht hätten, würde unsere Wirtschaft in diesen Tagen noch schlimmer leiden als die Schweizer Unternehmen. Denn die D-Mark hätte in dieser Krise sicher noch kräftiger aufgewertet als der Franken - eine teure Sache für eine Export-Nation.

Damit heute keine Missverständnisse aufkommen, stelle ich vorweg: Wir Familienunternehmer sind von den Vorteilen des Euro überzeugt! Überhaupt nicht überzeugt sind wir allerdings von dem Konzept, mit dem die Eurozone stabilisiert werden soll!

Erinnert sich jemand hier im Saal noch an die Lissabon-Strategie der Europäischen Union? Im Jahr 2000 kamen die EU-Kommission und die europäischen Regierungen auf die völlig richtige Idee, dass Europa mehr Wachstum braucht. Das offizielle Ziel hieß: „Die EU soll bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt werden.“ Und was ist passiert? Nichts!

„Nichts“ ist allerdings nicht ganz richtig: Seither haben sich die Euro-Staaten verschuldet, als hätten sie ein Wirtschaftswachstum von über 5 %. Um es klar zu sagen: Wer Schulden verzinsen und tilgen muss, benötigt dafür Wachstum. Aber Wirtschaftswachstum gibt es nicht für Lippenbekenntnisse, sondern nur bei ganz konkreter, manchmal unpopulärer Politik.

Inzwischen haben Länder wie Griechenland oder Portugal überhaupt kein Wirtschaftswachstum mehr, stattdessen sind sie so zahlungsunfähig wie vor 22 Jahren die DDR. Wir Deutschen wissen, was es heißt, ein abgewirtschaftetes und zahlungsunfähiges Land zu übernehmen und aufzubauen. Dafür zahlt unsere Generation heute noch: Ich nenne nur die Stichworte „Solidaritätszuschlag“ und „Höhe der Sozialabgaben“. Wenn die Garantien der Rettungsschirme doch mal fällig werden, und das Risiko kann keiner ausschließen, dann zahlt zusätzlich auch die nächste Generation.

Der Vergleich mit der DDR hinkt in einem wichtigen Punkt: Die DDR hatte nur wenige Auslandsschulden. Hier zeigt sich der Irrsinn der europäischen Rettungsversuche. Anders als die Ostdeutschen beim Aufbau Ost sehen die Griechen, Portugiesen oder Iren keinen Cent von unserer Hilfe. Unsere Rettungsmilliarden gehen an die Banken, Versicherungen oder Pensionsfonds. Die streichen auf diesem Wege weiterhin hohe Zinsen für ihre eigentlich abzuwertenden Staatspapiere ein. Schon wieder haften wir Steuerzahler für die Risiken der Finanzwelt. Warum tun wir das?

Diese Krise hat gezeigt, dass generell alle Staatsanleihen hoch riskant sein können. Mir ist unerklärlich, warum Staatsanleihe-Aufkäufe durch Banken noch immer nicht mit Eigenmitteln unterlegt werden müssen. Gleichzeitig, so will es der Gesetzgeber, müssen Unternehmenskredite mittlerweile doppelt und dreifach besichert werden. Das ist die Fortsetzung von Fehlanreizen, meine Damen und Herren. So sieht keine seriöse Politik der Krisenprävention aus.

Es gibt viele, die behaupten, der Zahlungsausfall eines Euro-Landes würde in der globalen Finanzwelt dieselbe Katastrophe auslösen, wie die Pleite von Lehman. Das ist aber vor allem gezielte Panikmache, damit wir Steuerzahler schon wieder die Zeche für andere zahlen.

Die Fakten:

Lehman hatte eine Bilanzsumme von über 600 Milliarden US-Dollar. Die Staatsschulden von Griechenland belaufen sich auf umgerechnet etwa 450 Milliarden US-Dollar. Ein ganzer Staat hat also deutlich weniger Verbindlichkeiten als eine Bank!

Nicht die Subprime-Krise und der Kollaps von Lehmann war die eigentliche Gefahr: Auslöser für die Finanzkrise war: Bei Lehman wusste keiner, wen alles und wen in welchem Volumen diese große Insolvenz betraf. Es war völlig intransparent, wer Forderungen gegenüber Lehman in welchem Umfang abschreiben musste und dadurch selbst in Schieflage geriet. Daraus resultierte die große Vertrauenskrise, die dann auf die Realwirtschaft übersprang.

Im Falle der Eurostaaten wissen wir seit den Stresstests bei den Banken doch ganz genau, welche noch wie stark in riskanten Staatsanleihen engagiert sind. Hier ist alles transparent! Es wird keine Vertrauenskrise geben bei den Banken – jedenfalls nicht wegen Griechenland oder Portugal.

Und wenn es doch schiefliegt? Dann retten wir besser ganz konkrete einzelne Banken oder Versicherungen. Das ist allemal besser als der globalen Finanzwelt mit einem Rettungsschirm zu zuwinken, dass sie nie für die eigenen Risiken haften muss. Hier muss bei beiden Euro-Rettungsschirmen dringend nachgebessert werden – jetzt beim EFSF und in einigen Wochen beim ESM. Doch dazu später.

Länder wie Griechenland oder Portugal haben anders als Italien und Spanien kein Geschäftsmodell, mit dem sie ihren Schuldendienst selbst erwirtschaften können. Wenn diese Länder in der Euro-Zone bleiben und damit ihre Währung nicht abwerten können, dann bleibt ihnen nur, ihr Lohn- und Gehaltsniveau radikal abzusenken. 30 Prozent weniger, sagen die Volkswirte.

Was es aber heißt, das Lohn- und Gehaltsniveau um 30 % abzusenken, das können wir uns hier in Europa überhaupt nicht vorstellen. Das wird sicherlich auch nicht gutgehen für diese Gesellschaften. Nur zur Erinnerung: in meiner Kindheit waren einige der Krisenländer noch Diktaturen.

Es gäbe aber noch einen echten Ausweg: Ein kräftiger Schuldenschnitt! Aber bisher sind Europas Politiker lieber solidarisch mit den Finanzmärkten. Gerade hier brauchen die Rettungsschirme dringend eine strukturelle Verbesserung!

Kommen wir zu Italien und Spanien. Diese Länder haben vor Einführung des Euro durchaus 7 % oder mehr an Zinsen für ihre Staatsanleihen gezahlt. Jetzt wird schon bei 6 % nach dem Rettungsschirm geschrien. Die Höhe der Zinsen ist wie ein Hochwasserpegelstand, der für jedes Land das Risiko anzeigt, wie bald es in seiner Schuldenflut absäuft.

Wer hindert eigentlich diese Länder daran, weniger Zinsen zu zahlen? Sie haben genau drei Möglichkeiten dafür:

1. Einnahmen steigern.
2. Ausgaben senken.
3. Eine Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum zum Laufen zu bringen.

Der dritte Punkt ist der schwierigste, aber erfolgreichste. Denn Wachstum erhöht die Staatseinnahmen, senkt den Kreditbedarf und vor allem das Risiko der Staatsinsolvenz. Nebenbei und sarkastisch bemerkt: Die Agenda 2010 hat Deutschland geholfen, gar nicht erst in den jetzigen italienischen Schlamassel abzurutschen. Aber die Meinungsführer der heutigen SPD wollen solche Reformen anderen Ländern gar nicht erst zumuten. Sie bieten erstaunlicherweise mit ihrem Ruf nach Eurobonds an, dass die Zinsen für die deutschen Staatsschulden steigen, damit die Zinsen in den Reformunfreundlichen Ländern kräftig runtersubventioniert werden. Klingt großartig solidarisch – aber die Rechnung zahlen die deutschen Steuerzahler.

Jetzt wird die SPD und wohl auch Herr Börner vom Groß- und Außenhandelsverband einwerfen, dass Eurobonds mit harten Auflagen verbunden seien. Wie viel die Wert sind,

zeigt uns gerade noch rechtzeitig Italien: Kaum subventioniert die EZB die Zinsen der italienischen Staatsanleihen, sagt die italienische Regierung, mit dem Sparen sei es jetzt ja doch nicht so dringend.

Dabei muss doch in den Krisen-Ländern alles gleichzeitig getan werden, um den Kreditbedarf kräftig zu senken! Es sind doch die gigantischen Staatsschulden, die die Finanzmarkturbulenzen verursachen! Eine drastische und eine schnelle Reduzierung der Neuverschuldung würden sowohl die Finanzmärkte beruhigen als auch die Zinsen sinken lassen.

Wenn die Euro-Krisenländer ihre Staatsschulden-Krise nicht selbst lösen wollen, warum sollen die anderen Euro-Länder dann ihre Steuereinnahmen dafür verpfänden? Erst seit die Zinsen für Staatsanleihen steigen, gibt es in einigen Ländern überhaupt ein Bewusstsein dafür, dass immer mehr Schulden auf Dauer nicht gut gehen können. Mit den Euro-Rettungsschirmen werden für diese Länder die Zinskosten für neue Schulden so heruntersubventioniert, dass Reformen höchstens noch halbherzig vorangetrieben werden.

Das Ganze ist so irrsinnig, wie wenn Sie einem Drogensüchtigen vorwerfen, er richte sich zugrunde – aber für eine Weile würden Sie jetzt die Kosten für den Dealer übernehmen.

Unsere Erfahrung mit dem deutschen Länderfinanzausgleich sagt, dass wir mit dieser Art von Rettungsschirmen in die ewige Transferunion abstürzen, ohne dass sich in den Sünderländern etwas nachhaltig verbessert.

Ein weiterer Aspekt: erfolgreiche Familienunternehmer müssen gut verhandeln können. Das übertragen Sie jetzt mal auf die Regierungen der Länder, die von der EU oder der EZB oder demnächst Herrn Regling als Manager des Rettungsschirms harte Sanierungsauflagen erhalten. Wenn Sie eine Euro-Krisenland-Regierung wären, hätte Ihre Regierungsposition folgende Eckpunkte:

1. Zu einem Austritt aus dem Euro kann Sie niemand zwingen. Das wäre Ihr worst-case gewesen, denn Ihre dann nationale Währung würde gewaltig abwerten, Ihre Verschuldung läuft aber in Euro. Das würde sofort einen gewaltigen Schuldenschnitt erfordern. Ein scheußlicher Gedanke für die Finanzwelt. Um danach wieder bei denen Kredit zu bekommen, müssten Sie wohl doch sehr unpopuläre Struktur-reformen auf den Weg bringen. Aber das kann ja alles gar nicht passieren.
2. Eckpunkt: Seit der Insolvenz Griechenlands wissen Sie, dass auch innerhalb der Eurozone niemandem mit einem Schuldenschnitt gedroht wird. Umschuldungen gibt es für Ihre Gläubiger allerhöchstens auf freiwilliger Basis. Damit wird die

Finanzwelt keinen Reformdruck auf Sie ausüben, und Ihr Nachschub an frischen Schulden wird weiter finanziert.

3. Eckpunkt: Wenn der Rettungsschirm EFSF jetzt mit Garantien über 700 Mrd. Euro ausgestattet wird, dann müsste man das doch irgendwie nutzen können...

Nach dieser Analyse lehnen Sie sich zurück und haben zwei beruhigende Erkenntnisse: Es lohnt sich nicht vor der nächsten Wahl, Ihre Wähler mit großen Reformen zu verärgern. Und bei Herrn Regling warten Sie mal ab, ob er mit seinem Rettungsschirm überhaupt Druck auf Sie ausüben kann. Wenn Sie es sich genau überlegen, hat Europa panische Angst vor einer Gläubigerbeteiligung. Die Finanzwelt soll auf keinen Fall haften für die eingegangenen Risiken. Daraus müsste sich doch eine prächtige Verhandlungsposition aufbauen lassen.

Aus diesem Rollenspiel sehen wir, dass die Rettungsschirme völlig falsch konstruiert sind: Bislang geht es mehr um die Rettung der Banken als um die Gesundheit Europas! Diese Rettungsschirme sind doch in Wahrheit Sonnenschirme für Banken, Versicherungen oder Fonds!

An dieser Stelle stoßen wir auf einen hochspannenden Aspekt. Ich als Familienunternehmer hafte persönlich für die Risiken, die ich eingehe. Das ist oft ein unangenehmes Gefühl – aber langfristig ein sehr gesundes Prinzip.

Dieses Prinzip lässt sich auf beiden Seiten aushebeln. Sie bewerten die Risiken vorsätzlich falsch und haben dann eine Weile Ruhe mit der Haftung. Genau das ist passiert bei der Staatsverschuldung. Eine ganze Gedankenschule hat den irrsinnigen Leitsatz entwickelt: „Staaten können nicht pleite gehen“. Das war die Erfindung des finanziellen perpetuum mobile. Staaten über die ganze Welt haben weit über ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten gelebt, die Finanzierung über Schulden war kein Problem. Und Die Investoren in diese Staatsanleihen haben weiterfinanziert und weiterfinanziert, das Risiko war ja eigentlich bei Null – denn Staaten können nicht pleite gehen. Den Unfug glauben manche europäischen Regierungen immer noch aufrecht erhalten zu müssen.

Jetzt ist diese Gedankenblase aber an der Realität zerplatzt. Das Ganze erinnert mich sehr an die großartige Karikatur von Karl Marx, die nach dem Zusammenbruch der DDR sehr populär war: Karl Marx stand dort mit ausgestülpten, leeren Hosentaschen und erklärte arrogant: „Tut mir leid, Leute. War nur so eine Idee von mir!“

Jetzt haben wir direkt vor unseren Augen, dass selbst Euro-Staaten pleite gehen können. Damit geht es um die spannende, weil sehr teure Frage: Wer haftet eigentlich bei der Insolvenz von Euro-Staaten?

Damit sind wir wieder zurück bei Risiko und Haftung. Im Begriff „Haft-ung“ schwingen völlig zu Recht Strafe und Gitterstäbe mit. Dem wollen viele ausweichen. Daher erleben wir gerade eine unheilige Allianz aus Finanzwelt und Euro-Krisenstaaten, die die Haftung gerne überwälzen wollen auf andere. Am besten gleich auf solche, die das vermeintliche perpetuum mobile namens „Staaten können nicht Pleite gehen“ noch einige Jahre aufrechterhalten.

Das Ganze funktioniert bisher ganz gut mit folgender Erpressung: Wenn die gerade noch solventen Staaten nicht einsprängen, brächen erst alle Finanzmärkte zusammen, dann die Realwirtschaft und schließlich käme es überall zur Revolution. Diese Haftungsflüchtlinge werden fatalerweise von bestimmten innenpolitischen Kräften unterstützt.

Da gibt es diejenigen, die glauben, Europa könnte nur mit deutschem Geld zusammengehalten werden.

Andere sehen ihre Chance, Europa weiter zu zentralisieren.

Und es gibt einige deutsche Politiker, die schon immer glaubten, das Primat der Politik könne nur funktionieren, wenn die Märkte ausgeschaltet werden. Genau die verbünden sich jetzt mit jenen gewissenlosen Kräften der Finanzwelt, die ebenfalls das Grundprinzip der Märkte aushebeln wollen.

Diese unheilige Allianz hat bereits Milliarden aus den solventeren Euro-Staaten herausgeholt. Noch ist das meiste davon in der homöopathischen Verpackung namens Garantien versteckt. Ich hoffe inständig, dass allen Politikern klar ist, dass diese Garantien durch nichts abgesichert sind. Dabei weiß der Volksmund aus leidvollen Erfahrungen: „Wer bürgt, wird gewürgt“. Zum Glück hat Frau von der Leyen dieses jetzt zum Thema gemacht.

Jetzt machen Sie alle bitte mal einen gedanklichen Rollenwechsel. Stellen Sie sich vor, Sie seien ein Däne, Schwede oder Pole. Wollen Sie jemals dem Euro beitreten, wenn Sie als erstes Garantien für alle Euro-Schulden der anderen Länder übernehmen müssen? Ist der Weg, den wir jetzt einschlagen, vielleicht der Beginn der grundlegenden Spaltung Europas?

Von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages wüssten wir Familienunternehmer gerne:

Was sind die mittelfristigen Konsequenzen Ihres Tuns?

Die Euro-Rettungsschirme ESFS und ESM bauen ihre Kreditfähigkeit auf das Fundament, dass einige Kernländer Europas dauerhaft das beste Rating AAA behalten. Die beiden kräftigsten Stützpfeiler sind dabei Frankreich und Deutschland.

Was wird passieren, falls Frankreich oder Deutschland im Rating herabgestuft würden? Das Beispiel USA warnt uns, dass das nicht unmöglich ist.

Bricht daraufhin das gesamte Rettungskonstrukt der Euro-Zone zusammen oder übernimmt Deutschland alle Garantien, die Frankreich dann nicht mehr schultern kann?

Und wenn wir die übernehmen, verlieren wir dann unser Triple-A-Rating?  
Welche Konsequenzen hat das dann für den deutschen Bundeshaushalt?  
Welche Konsequenzen hat das für unsere Volkswirtschaft?

Und welche Konsequenzen hätte eine Herabstufung Frankreichs und Deutschlands dann wiederum für die Bonität der Rettungsschirme EFSF und dann des ESM? ... Eine Abwärtsspirale!

Das alles führt nicht zu Lösungen, sondern ist das Zusteuern auf den Eisberg. Die seit Mai 2010 betriebene Rettungsschirmpolitik ist ungeeignet zur Lösung unserer Schwierigkeiten. Sie führt aber immens gravierende Kollateralschäden herbei.

Kann es sein, dass das Konstrukt der Europäischen Rettungsschirme die Kernländer Europas in den Regen stellt?

Wir Familienunternehmer sind es gewohnt, auch die mittelfristigen Folgen unseres Handelns zu bedenken. Wir Familienunternehmer fordern daher alle Abgeordneten des Bundestages auf, das Risiko der Rettungsschirme für die Kernländer Europas und für Deutschland zu bedenken! Wir wissen: Risiko und Haftung gehören immer zusammen!

Der EFSF und entsprechend auch der ESM müssen nachgebessert werden, damit die Fundamente der Eurozone nicht in den Regen gestellt werden. Wenn Kerneuropa zu viele Risiken übernehmen muss, kann es genauso herabgestuft werden wie die USA.

Wir Familienunternehmer appellieren daher an alle Abgeordneten:

Stimmen Sie jedem Rettungsschirm erst zu, wenn eine echte Beteiligung der nationalen Parlamente an den strategischen Finanzentscheidungen des jeweiligen Rettungsschirms garantiert ist.

Passen Sie aber auf, dass Sie dem schlaunen Fuchs Schäuble nicht auf den Leim gehen! Er hat die bis dato-Nichtbeteiligung der Parlamente so geschickt inszeniert, dass alle nur noch auf diesen Punkt achten. Ein starker Parlamentsvorbehalt ist zwar aus Demo-

kratie- und Souveränitätsgründen nötig, aber schon bisher wurde den Parlamentariern jede Zustimmung zu Rettungsgeldern abgeluchst. Die Krisenszenarien werden auch künftig so gemalt, dass bei jeder Einzelentscheidung zugestimmt wird. Um diese Erpressbarkeit zu verhindern, brauchen Sie die folgenden drei Punkte.

Stimmen Sie jedem Rettungsschirm erst zu, wenn darin die Haftung privater Gläubiger geregelt ist!

Denn nur wenn Risiko und Haftung in der Finanzwelt wieder zusammengeführt werden, wird die Sorge vor Haftung genügend Reformdruck auf die Krisenländer aufbauen. Darüber hinaus brauchen wir klare Regeln für diejenigen Euro-Länder, die ohne einen Schuldenschnitt niemals mehr auf eigenen Füßen stehen können.

Stimmen Sie jedem Rettungsschirm erst zu, wenn das Aufkaufen von Staatsanleihen am Primär- wie auch am Sekundärmarkt nicht erlaubt wird, und wenn die Befugnis zu „präventiven Maßnahmen“ ganz konkret und sehr präzise und eng definiert ist. Anderenfalls kommt es zu einer rasanten Verlagerung aller Risiken weg von den Banken und Fonds hin zum Rettungsschirm. Und der Steuerzahler muss irgendwann für die Garantien des Rettungsschirms einstehen.

Nun zu unserer vierten und zentralen Forderung:

Wenn Sie als Abgeordnete wirklich die Euro-Zone voranbringen wollen, wenn Sie wollen, dass künftig andere EU-Länder dem Euro beitreten, dann packen Sie das Staatsschuldenproblem an der Wurzel!

Selten haben Sie als einzelner Abgeordneter eine so mächtige Verhandlungsposition wie jetzt!

Stimmen Sie jedem Rettungsschirm erst zu, wenn jedes einzelne Euroland eine tatsächlich auch geeignete Schuldenbremse in seine nationale Verfassung aufgenommen hat! Wie schnell das gehen kann, zeigt gerade Spanien. Und jetzt schickt sich auch Portugal ernsthaft an.

Und in Sachen Rettungspakete haben Sie ja auch eigene Erfahrungen, wie schnell solche Grundsatzentscheidungen möglich sind.

Was den Vorwurf betrifft, dieses wäre ein Eingriff in die nationale Souveränität anderer Staaten: was ist denn umgekehrt mit der Erpressung, dass der Bundestag den Rettungsschirmen zustimmen muss, anderenfalls bräche der Euro zusammen? Deutschland wird den allergrößten Teil der Kredite und Garantien auf sich nehmen. Da ist ein wenig Absicherung nicht verkehrt.

Mit diesen vier Änderungen und Ergänzungen an den Rettungsschirm-Gesetzen kann Deutschland Europa weit voranbringen. Denn das Kernübel ist die Sorge der Finanzmärkte, dass ein Euro-Land nach dem anderen an seinen Schulden erstickt und die

Staatsanleihen nicht mehr bedienen kann. Mit einer überzeugenden Schuldenbremse in jedem Euro-Land kommt wieder deutlich mehr Ruhe an die Finanzmärkte.

Zustimmung wird dieses Junktim wohl nur in Ländern wie Finnland oder den Niederlanden bekommen. Viele andere werden erbost sein. Aber ist die Alternative angenehmer, für jede Hilfe aus dem Rettungsschirm nationale Goldreserven oder vielleicht gar Territorien zu verpfänden?

Wir Familienunternehmer wissen, was es bedeutet, für die eingegangenen Risiken im Geschäftsleben auch zu haften. Bei uns liegen Risiko und Haftung in einer Person – und das diszipliniert. Dieses Prinzip empfehlen wir auch den Staaten Europas und den Finanzmärkten. Wir wissen aus Erfahrung: wenn andere für die Risiken haften müssen, dann geht das allermeistens schief.

Daher darf Kerneuropa nicht für alles haften! Wenn Kerneuropa im Regen steht, wird am Ende ganz Europa weggespült.

Der Bundestag hat eine Riesenchance, Europa voranzubringen. Wir Familienunternehmer werden in den nächsten Tagen und Wochen alles tun, um die Abgeordneten zu überzeugen. Die Jungen Unternehmer tun gleiches ebenfalls, nur mit stärker ihrer Generation gemäßen Instrumenten.

Sie alle hier im Saal bitte ich: Helfen auch Sie mit, damit der Bundestag nicht nur die Banken rettet, sondern Europa voranbringt!